

# Niedersächsisches Bildungsbündnis



## Erklärung

„Schluss mit der Vogel-Strauss-Politik“

## Jetzt muss die öffentliche Diskussion um eine zukunftsfähige Schule beginnen!

Das Niedersächsische Bildungsbündnis fordert Kultusminister Busemann angesichts der aktuellen Entwicklung auf, mit den Bildungsorganisationen, Eltern und Parteien eine offene Diskussion über die Zukunft der niedersächsischen Schulen zu führen. Der richtige Zeitpunkt ist vor den Wahlen und nicht danach.

Ziel der Bildungspolitik muss es sein, Bedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, jede Schülerin und jeden Schüler optimal zu fördern. Auch Kultusminister Busemann proklamiert das Ziel der bestmöglichen individuellen Förderung für jede Schülerin und jeden Schüler.

Die institutionellen und finanziellen Rahmenbedingungen stehen der Realisierung dieses pädagogischen Postulats derzeit entgegen. Darum müssen die Weichen der Schulpolitik in eine andere Richtung gestellt werden.

### ***Rückgang der Schülerzahl für pädagogische Verbesserungen verwenden!***

Die Personalausstattung ist zu gering, um die notwendigen pädagogischen Arbeitsbedingungen zu ermöglichen. 100 Prozent Unterrichtsversorgung suggerieren ein falsches Bild der Situation. Die Klassengrößen insbesondere in Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen, auch an vielen Grundschulen sind viel zu hoch. In allen Schulformen sind Fördermaßnahmen nicht im erforderlichen Umfang möglich. Ganztagschulen arbeiten ohne zusätzliche oder mit ungenügender Personalausstattung. Dementsprechend leisten sie nicht, was Eltern mit Recht von ihnen erwarten. Auch für Vertretung durch Fachlehrkräfte ist nicht genügend Personal vorhanden. So ist es kein Wunder, wenn Anspannung und Unzufriedenheit in den Schulen und bei der Elternschaft steigen.

Nur in den unteren Schuljahrgängen geht die Schülerzahl leicht zurück. Der Schülerberg wandert derzeit durch die personalintensiven Sekundarstufen I und II, darum ist dort ein Mangel an Lehrkräften deutlich zu spüren. Der Bedarf an Stellen sinkt deshalb nicht. Die angekündigte Aufhebung der für 2007 geplanten Streichung von 400 Stellen ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Es gibt einen weiteren Grund für die angespannte Unterrichtsversorgung. Die Landesregierung streicht 40 Prozent der Stellen in der Schulbehörde und baut zugleich die Schulinspektion auf. Ein erheblicher Teil des Personals beider Behörden wird aus abgeordneten Schulleiterinnen und Schulleitern sowie Lehrerinnen und Lehrern rekrutiert. Diese fehlen für die Arbeit in den Schulen. In der Summe wird so ein Prozent der Unterrichtsversorgung zweckentfremdet.

**An den Kultusminister und alle Parteien des Landtages richtet das Bildungsbündnis den Appell, in dieser und der kommenden Legislaturperiode den vorgesehenen Abbau und die Zweckentfremdung der Lehrerstellen zu beenden. Spätere Rückgänge der Schülerzahlen in allen Schulstufen müssen für die Verbesserung der individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler verwendet werden. Dies sieht auch die gerade getroffene Vereinbarung der Kultusministerkonferenz mit den Lehrerverbänden und der GEW vor.**

***Leistungsfähige Fort- und Weiterbildung einrichten!***

Die Weiterentwicklung und Verbesserung der pädagogischen Arbeit vor allem des Unterrichts ist nach Auffassung des Niedersächsischen Bildungsbündnisses eine unabdingbare Voraussetzung, um jedem Kind, jedem Jugendlichen in den Schulen bessere Entwicklungsmöglichkeiten zu geben.

Dies erfordert eine umfassende stetige Fort- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer sowie der übrigen pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dies erfordert auch eine Unterstützung bei der pädagogischen Schulentwicklung. Die niedersächsischen Bildungsorganisationen erleben bei ihren eigenen Fortbildungsveranstaltungen wie groß das Engagement der Pädagoginnen und Pädagogen ist. Entgegen aller Rhetorik hat das Kultusministerium in den letzten Jahren aber die Lehrerfortbildung weiter abgebaut. Viel wird von einem Unterstützungssystem der Eigenverantwortlichen Schulen geredet. Nicht in Ansätzen ist erkennbar, wie die Kollegien tatsächlich in ihrer Entwicklung unterstützt werden sollen.

**Das Bildungsbündnis appelliert an den Kultusminister und die Fraktionen im Niedersächsischen Landtag endlich Entscheidungen zu treffen, die den Aufbau einer finanziell, personell und organisatorisch leistungsfähigen Fort- und Weiterbildung sowie eines Unterstützungssystems für die Schulentwicklung ermöglichen.**

### ***Debatte um zukunftsfähiges Schulsystem offen führen***

Zu den Bedingungsfaktoren für die individuelle Förderung gehört auch die Struktur des Schulsystems. In Niedersachsen werden die Schülerinnen und Schüler nach vier Jahren gemeinsamer Schulzeit angeblich begabungsgerecht auf Förderschulen, Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien verteilt.

Dieses Konzept scheitert, weil die Elternschaft die Hauptschule immer weniger akzeptiert. In diesem Schuljahr haben nur noch 14,6 Prozent die Hauptschule gewählt. Im Vorjahr waren es 16,5 Prozent. 2001 zu Zeiten der Orientierungsstufe betrug die Übergangsquote zur Hauptschule noch 26,6 Prozent. Jetzt sinkt diese Übergangsquote in einigen Regionen bereits unter 10 Prozent. Mehr als die Hälfte der Hauptschulen hat so wenig Schülerinnen und Schüler, dass ihr Bestand gefährdet ist. Anspruchsvoller Fachunterricht ist nicht mehr zu gewährleisten. Die Zahl der Schulwechsler in der Schulstatistik zeigt, dass Realschulen und Gymnasien die Anforderung nicht erfüllen können, alle dort angemeldeten Schülerinnen und Schüler so zu fördern, dass sie die Anforderungen dieser Schulformen bewältigen. So entstehend schädliche Brüche in der Bildungsbiografie. Davon waren im letzten Schuljahr 7.433 Schüler betroffen, im Vorjahr 7.348.

Die Integrierten Gesamtschulen finden soviel Zuspruch, dass 1/3 der Anmeldungen abgelehnt werden müssen. Eltern suchen eine Alternative zum gegliederten Schulsystem. Der Kultusminister hält aber unbeirrt am Neugründungsverbot der Gesamtschulen fest.

Den verantwortlichen Politikern in Regierung und Parlament ist die Bedeutung dieser Daten gewiß nicht verborgen geblieben. Sie wissen, dass Handlungsbedarf besteht. Der Kultusminister aber lehnt wie jüngst im Landtag jede Debatte zur Änderung der Schulstruktur ab. So stellt sich die Frage, ob die Regierung vorhat, nach einer gewonnenen Landtagswahl 2008 ein neues Schulgesetz aus der Schublade zu holen. Meint die Regierung durch Verweigerung einer offenen Debatte die gefürchtete Unruhe unter Eltern vor den Wahlen vermeiden zu können, die unweigerlich auftritt, wenn eine große Anzahl der Hauptschulen geschlossen wird?

**Das Niedersächsische Bildungsbündnis fordert den Kultusminister und die Parteien auf, jetzt in einen offenen Dialog über eine neue Schulstruktur einzutreten. Diese muss der demografischen Entwicklung Rechnung tragen und auch bei einer verringerten Zahl von Schülerinnen und Schülern eine wohnortnahe Schule gewährleisten. Die neue Schulstruktur muss außerdem gute Voraussetzungen für eine Pädagogik der individuellen Förderung bieten. Die neue Schulstruktur soll die frühe Aufteilung in die getrennten Bildungsgänge beenden und ein gemeinsames Lernen von der 1. Klasse bis zum Ende der Sekundarstufe I ermöglichen.**